

Sri Lanka: Schutz vor sexueller Gewalt – Frauen und Ex-LTTE-Kämpferinnen

Auskunft der SFH-Länderanalyse

Bern, 22. Mai 2025

Impressum

Herausgeberin
Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH)
Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
IBAN : CH92 0900 0000 3000 1085 7

Sprachversionen
Deutsch

COPYRIGHT
© 2025 Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
1.1	Schutz gegen sexuelle Gewalt.....	4
1.2	Schutz einer ehemaligen LTTE-Kämpferin gegen sexuelle Gewalt.....	7
2	Quellen	9

Dieser Bericht basiert auf Auskünften von Expertinnen und Experten und auf eigenen Recherchen. Entsprechend den COI-Standards verwendet die SFH öffentlich zugängliche Quellen. Lassen sich im zeitlich begrenzten Rahmen der Recherche keine Informationen finden, werden Expertinnen und Experten beigezogen. Die SFH dokumentiert ihre Quellen transparent und nachvollziehbar. Aus Gründen des Quellenschutzes können Kontaktpersonen anonymisiert werden.

1 Einleitung

Situation: Eine ehemalige Kämpferin der *Liberation Tigers of Tamil Eelam* (LTTE) wurde über Jahre hinweg von Angehörigen des *Criminal Investigation Department* (CID) der sri-lankischen Polizei und des Militärs sexuell missbraucht. Einer Anfrage an die SFH-Länderanalyse sind die folgenden Fragen entnommen:

1. Welche Schutzmöglichkeiten gibt es bei sexueller Gewalt gegen Frauen in Sri Lanka? Gibt es Informationen über die strafrechtliche Verfolgung solcher Fälle?
2. Gibt es Informationen, dass Militärangehörige weiterhin sexuelle Übergriffe gegen ehemalige weibliche LTTE-Kämpferinnen verüben und ob eine betroffene Person staatlichen Schutz erhalten kann?

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) beobachtet die Entwicklungen in Sri Lanka seit mehreren Jahren.¹ Aufgrund von Auskünften von Expert*innen und eigenen Recherchen nimmt die SFH zu den Fragen wie folgt Stellung:

1.1 Schutz gegen sexuelle Gewalt

Schutz gegen sexuelle Gewalt ist ungenügend. Die SFH führte im November 2024 eine Abklärungsreise in Sri Lanka durch und befragte dabei mehrere Fachpersonen zum Thema Gewalt gegen Frauen. Zwei davon – *Kontaktpersonen A und B, die für unterschiedliche sri-lankische Organisationen im Bereich des Schutzes von Frauen gegen Gewalt arbeiten* – erklärten, der staatliche Schutz vor sexueller Gewalt sei unzureichend. Häusliche Gewalt werde als Privatsache betrachtet; Behörden versuchten häufig, das Opfer zu einer Aussöhnung mit dem Täter zu bewegen. Vorliegende Schutzanordnungen würden von den Behörden nicht konsequent umgesetzt (Interviews mit Kontaktpersonen A und B, November 2024). Das *australische Department of Foreign Affairs and Trade* (DFAT) berichtet 2024, die spezialisierte *Child and Women Abuse Protection Unit* der sri-lankischen Polizei verfüge zwar über rund 1500 Einsatzkräfte in 45 Dienststellen und erhalte internationale Unterstützung beim Kapazitätsaufbau, sei jedoch überlastet und unterfinanziert. In ländlichen Gebieten fehlten daher oft geeignete Räumlichkeiten und Beratungsangebote (DFAT 2024). Laut *Sashi Stephen, Geschäftsführerin der NGO Women's Development Centre (WDC)*, fehlt es dem Staat weiterhin an Strukturen zur Unterstützung von Frauen, die Gewalt erleiden (The Morning 2025). Gegenüber DFAT bestätigten *Kontaktpersonen* eine verbesserte Bekanntheit von Unterstützungsdiensten, betonten jedoch deren unzureichende Kapazitäten. Polizei und Justiz zeigten laut denselben *Quellen* mangelnde Sensibilität: Anzeigen würden häufig nicht ernst genommen, Beweise unzureichend gesichert, Empathie seitens männlicher Beamter sei gering, und vor Gericht ende ein grosser Teil der Verfahren mit Bewährungsstrafen. Laut DFAT existierten zwar staatliche Schutzmechanismen und Unterstützungsdienste, doch seien diese unzureichend und verfügten über keine ausreichenden Kapazitäten. Frauen stünden darüber hinaus vor erheblichen kulturellen und institutionellen Hürden beim Zugang zu staatlichem Schutz (DFAT, 2024).

1 <https://www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen/herkunftslaenderberichte>.

NGOs bieten begrenzte Unterstützungsdienste. Nichtregierungsorganisationen (NGOs) stellen in Sri Lanka nur begrenzt Hilfsangebote bereit, darunter rechtliche Beratung, psychosoziale Betreuung und Notunterkünfte. Eine der bekanntesten Organisationen, *Women In Need* (WIN), betreibt eine rund um die Uhr besetzte Hotline auf Singhalesisch, Tamilisch und Englisch, alarmiert bei Meldungen von Gewalt die Polizei, bietet Rechtshilfe und führt mehrere Frauenhäuser (DFAT 2024). Laut *UN Women* (2023) unterhält die *Association for Women with Disabilities* (AKASA) in Thalawa (Nord-Zentralprovinz) ein Schutzhaus speziell für Frauen und Mädchen mit Behinderungen, während das *Jaffna Social Action Centre* (JSAC) in der Nordprovinz Programme für Überlebende von Gewalt anbietet. Zudem betreibt das *Women's Development Centre* (WDC) eine Schutzunterkunft für Betroffene in Haragama in der Zentralprovinz (WDC, ohne Datum).

Ungenügende Zahl von Schutzunterkünften mit begrenzter Anzahl von Plätzen. Nach Angaben eines Artikels der *sri-lankischen Zeitung The Morning* (2025) werden Frauenhäuser in Sri Lanka in erster Linie vom *Women's Bureau of Sri Lanka* betrieben, einer Behörde des Ministeriums für Frauen- und Kinderangelegenheiten. Die von Regierung und NGOs geführten Einrichtungen bieten Überlebenden geschlechtsspezifischer Gewalt vorübergehende Unterkunft, psychosoziale Betreuung, Beratung und Rechtshilfe (DFAT 2024). *Renuka Jayasundara*, stellvertretende Generalinspektorin des *Sri Lanka Police Bureau for the Investigation of Abuse of Children and Women*, erklärte gegenüber *The Morning* im März 2025, es gebe landesweit nicht genügend Schutzunterkünfte; die vorhandenen verfügten zudem nur über begrenzte Kapazitäten. Nicht alle Schutzsuchenden, die eine Unterkunft benötigen, könnten daher in ein Frauenhaus aufgenommen werden. *Jayasundara* zufolge wäre mindestens ein Frauenhaus pro Distrikt erforderlich, was einem landesweiten Bedarf von mindestens 25 Einrichtungen entspräche. Derzeit betreibt das *Women's Bureau of Sri Lanka* jedoch lediglich zehn Schutzunterkünfte – zwei eigenständig und acht in Zusammenarbeit mit NGOs (*The Morning*, 2025). DFAT berichtete im Mai 2024, es gebe insgesamt mindestens elf Frauenhäuser, darunter in Colombo, Gampaha (Westprovinz), Matara (Südprovinz), Anuradhapura (Nord-Zentralprovinz), Monaragala (Uva-Provinz) und Ratnapura (Sabaragamuwa-Provinz). In der Nordprovinz existierten laut DFAT drei von NGOs betriebene Schutzunterkünfte (*Jaffna*, *Mullaitivu*, *Kilinochchi*); die Einrichtung einer vierten sei in Mannar geplant gewesen. Darüber hinaus gebe es in der Ostprovinz ein Frauenhaus in Batticaloa, das von *Women In Need* verwaltet werde (DFAT 2024). Die Angaben zur Nord- und Ostprovinz bestätigten die *Kontaktpersonen A und B* im November 2024. Die von NGOs betriebenen Einrichtungen verfügen in der Regel über etwa zehn bis zwanzig Plätze. Laut den *Kontaktpersonen A und B* wiesen sie trotz begrenzter Kapazitäten niemanden ab (Interviews vor Ort mit Kontaktpersonen A und B im November 2024). Für die Aufnahme müsse jedoch ein Gerichtsbeschluss oder eine Überweisung der Polizei beziehungsweise eines Krankenhauses vorgelegt werden. Der Aufenthalt ist auf bis zu sechs Monate begrenzt; Kinder dürfen ihre Mütter höchstens einen Monat begleiten (DFAT 2024). Nach durchschnittlich drei bis vier Wochen in einem von *Women In Need* geführten Frauenhaus sollten die Betroffenen in der Regel Verwandte oder Freunde finden, die bereit seien, sie aufzunehmen. Seit der Wirtschaftskrise 2021/22 sei jedoch ein Rückgang der Unterstützung durch die Gemeinschaft zu beobachten, da sich viele Haushalte die Kosten für eine zusätzliche Person nicht mehr leisten könnten (*The Morning* 2025).

Unterfinanzierung der Schutzunterkünfte stellt ihren weiteren Betrieb in Frage. Zwischen 2020 und 2021 hat das *Women's Bureau of Sri Lanka* Vereinbarungen (Memoranda of Understanding, MOUs) mit *Women In Need* (WIN), dem *Jaffna Social Action Centre* (JSAC),

AKASA und dem *Women's Development Centre* (WDC) unterzeichnet, um acht Schutzunterkünfte in sieben Distrikten einzurichten. Die Absichtserklärungen teilten die finanzielle Verantwortung für jede Unterkunft zu gleichen Teilen zwischen dem *Women's Bureau of Sri Lanka* und der jeweiligen NGO auf. Aufgrund unzureichender Haushaltsmittel in den letzten fünf Jahren hatte das *Women's Bureau of Sri Lanka* Stand Januar 2025 jedoch Schulden in Höhe von 15 Millionen Rupien (rund 41'000 CHF) bei den NGOs und hatte Schwierigkeiten, die Rechnungen der Unterkünfte jeden Monat zu begleichen. Nach Angaben der Direktorin des *Women's Bureau of Sri Lanka* gegenüber *The Morning* seien dem Amt im staatlichen Budget 2023 12 Millionen Rupien (rund 33'000 CHF) für den Betrieb der Frauenhäuser zugewiesen worden. Im Jahr 2024 sei dieser Betrag nur um 600'000 Rupien (rund 1650 CHF) erhöht worden. Die monatlichen Kosten für jedes Frauenhaus betragen mindestens 100'000 Rupien (zirka 275 CHF), sodass das *Women's Bureau of Sri Lanka* ständig im Zahlungsrückstand ist. In einigen Frauenhäuser hätten die Leiter*innen nach Angaben der Direktorin des *Women's Bureau of Sri Lanka* auf ihre persönlichen Mittel zurückgreifen müssen, um die Schliessung der Frauenhäuser zu verhindern. WIN betreibt vier der acht im Artikel von *The Morning* genannten Frauenhäuser. Die WIN-Geschäftsführerin Savithri Wijesekera erklärte gegenüber *The Morning*, dass der Staat WIN trotz offizieller Zusage in den letzten vier Jahren nicht in ausreichendem Masse unterstützt habe (*The Morning*, 2025). Auch die *Kontaktpersonen A und B* gaben der SFH im November 2024 an, dass die Schutzunterkünfte, die von NGOs betrieben werden, allesamt unterfinanziert seien. Die *Kontaktpersonen A und B* wiesen beide darauf hin, dass die mangelhafte finanzielle Unterstützung durch den sri-lankischen Staat den Betrieb der Schutzunterkünfte äusserst schwierig mache (Interviews vor Ort mit Kontaktpersonen A und B im November 2024). Laut *Sashi Stephen*, *Geschäftsführerin von WDC*, sei die Finanzierung von Frauenhäusern schwierig, da weder internationale noch private Geldgeber bereit seien, solche langfristigen Initiativen zu finanzieren, die nicht an ein Projekt gebunden sind (*The Morning*, 2025).

Sprachprobleme, Stigmatisierung und unzureichende Reaktion hindern Frauen im Nordosten daran, sexuelle Gewalt zu melden. Für tamilischsprachige Frauen im Nordosten stellt die Sprache ein zentrales Hindernis dar: Die meisten Polizeibeamt*innen sind Singhales*innen und sprechen kein Tamil. *Kontaktpersonen vor Ort* berichten dem DFAT zudem, dass der Mangel an weiblichen Einsatzkräften, die Angst vor gesellschaftlicher Verurteilung und das allgemein starke Stigma Frauen davon abhalten, sich an die Polizei zu wenden. *Kontaktpersonen aus Sri Lanka* teilten dem DFAT mit, dass Frauen, die dennoch Anzeige erstatten, bisweilen von der Polizei aufgefordert würden, nach Hause zurückzukehren und die Angelegenheit mit ihrem Ehemann zu «klären», womit das Risiko einer erneuten Viktimisierung steigt (DFAT 2024).

Auch im Nordosten sind Schutz- und Unterstützungsdienste unzureichend. Wie in anderen Teilen Sri Lankas existieren zwar staatliche Schutz- und Unterstützungsangebote, doch schätzt das DFAT sie als allgemein unzureichend ein: Es fehlt an Kapazitäten, die Angebote sind schwer zugänglich und – wegen der erwähnten Sprachbarrieren – für viele Betroffene praktisch nicht nutzbar (DFAT 2024).

Nahezu vollständige Straffreiheit für Täter*innen sexueller Gewalt. Eine von der SFH zitierte Studie der *Asia Foundation* (2021) kommt zum Schluss, dass Täter*innen sexueller Gewalt in Sri Lanka weitgehend straffrei bleiben. Überlebende sehen sich dabei mit mehreren Hürden konfrontiert:

- **Soziales Stigma:** Veraltete Normen, Mythen und Vorurteile führen zu Schuldzuweisungen an die Überlebenden; die detaillierte Schilderung des Vorfalls gegenüber Polizei und Gericht ist oft mit Scham verbunden.
- **Repressalien:** Vor allem bei häuslicher Gewalt fürchten Betroffene nach einer Anzeige weitere Übergriffe und haben wenig Vertrauen in Entschädigung oder gerechte Urteile.
- **Wirtschaftliche Abhängigkeit:** Häufig ist die Täterschaft ein wirtschaftlich relevantes Familienmitglied, sodass ein Verlassen des Haushalts ohne Wohn- oder Einkommensalternative kaum möglich ist.
- **Verfahrenshürden:** Mangelnde Erfahrung mit Polizei und Gerichten, Angst vor Gerichtsaussagen und unklare Abläufe schrecken ab; Kinder können ihre Erlebnisse oft nicht in der geforderten Terminologie darlegen.
- **Gesetzeslücken:** Vergewaltigung in der Ehe ist nicht strafbar; gleichgeschlechtliche Beziehungen sind kriminalisiert; Cyber-Gewalt wird rechtlich unzureichend erfasst.
- **Verzögerungen im Justizsystem:** Umfangreiche Verfahrensdauern sind bekannt; selbst Behörden raten teils von Klagen ab.
- **Negative Erfahrungsberichte anderer Betroffener:** Patriarchale Einstellungen in Polizei und Gerichten führen dazu, dass Anzeigen nicht ernst genommen oder als «Privatsache» abgetan werden (SFH 2024).

Extrem lange Verfahren begünstigen Straffreiheit. *Kontaktperson A* beschreibt Gerichtsprozesse als extrem langwierig und retraumatisierend (Interview vor Ort mit Kontaktperson A im November 2024). Die *Asia-Foundation*-Studie nennt durchschnittlich zehn bis zwölf Jahre zwischen Anzeige und Urteil. Verzögerungen in Vorermittlung, Untersuchung und Strafverfolgung belasten die Psyche der Überlebenden; viele ziehen ihre Fälle zurück, was die Straffreiheit der Täterschaft festigt. Beispielhaft berichtete eine Überlebende, sie habe sich nach sieben Jahren nicht mehr an Details erinnern können, während eine andere die erneute Traumatisierung durch das Verfahren betonte (SFH 2024).

Einflussnahme durch Täter*innen aus Polizei oder Justiz. *Kontaktpersonen A und B* erklärten, der Zugang zu Schutz sei grundsätzlich nicht schwieriger, wenn die Täterschaft Staatsangestellte sei. Anders verhalte es sich jedoch, wenn die tatverdächtige Person selbst der Polizei oder Justiz angehöre; dann sei damit zu rechnen, dass Ermittlungen oder Verfahren beeinflusst würden (Interviews vor Ort mit Kontaktpersonen A und B im November 2024).

1.2 Schutz einer ehemaligen LTTE-Kämpferin gegen sexuelle Gewalt

Aktuelle Entführungen, Folter und sexuelle Gewalt gegen mutmassliche frühere LTTE-Angehörige. Ein Bericht des *Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights* (OHCHR) an den Menschenrechtsrat vom August 2024 dokumentiert detailliert Entführungen, willkürliche Inhaftierungen, Folter, Misshandlungen und sexuelle Gewalt gegen tamilische Personen, denen die Behörden frühere Verbindungen zu den *Liberation Tigers of Tamil Eelam* (LTTE) vorwerfen. Untersucht wurden acht aktuelle Fälle – der jüngste stammt vom Januar 2024 – in denen sri-lankische Sicherheitskräfte in den Distrikten Jaffna, Kilinochchi, Mannar, Mullaitivu und Vavuniya derartige Übergriffe verübten. Nach OHCHR zeichnete sich dabei ein klares Muster ab: Tamil*innen, meist Männer, die an Protesten gegen das «Verschwindenlassen» von Personen, für Land- und Umweltrechte oder zum Gedenken an

Kriegsopfer teilgenommen hatten und deren frühere LTTE-Zugehörigkeit vermutet wurde, wurden zunächst überwacht oder fotografiert und anschliessend von Personen festgenommen, die sich als Mitarbeiter*innen des *Criminal Investigation Department* (CID) oder der *Terrorist Investigation Division* (TID) ausgaben. Die Betroffenen berichten, dass Beamt*innen abends oder nachts erschienen, ihnen die Augen verbanden, sie knebelten und in Lieferwagen zu unbekanntem Haftorten brachten, die 30 Minuten bis zwei Stunden entfernt lagen. Dort wurden sie drei bis fünf Tage lang zu mutmasslichen LTTE-Kontakten im Ausland, Finanzierungswegen, Hinterleuten der Proteste und möglichen Bestrebungen einer Neugruppierung verhört. Die Vernehmenden versuchten laut OHCHR, «Geständnisse» oder Hinweise auf versteckte Waffen und Geld zu erzwingen. OHCHR stuft die Angaben über Folter sowie grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung als glaubwürdig ein. Viele Befragte schildern sexuelle Folter – darunter Vergewaltigungen, Hodenquetschungen, erzwungene Nacktheit und Bissverletzungen an den Brüsten. Einige erklärten, sie hätten erfundene Aussagen gemacht oder Blankodokumente in Singhalesisch unterschrieben, um die Misshandlungen zu beenden. Fast alle wurden erst freigelassen, nachdem Familienangehörige über Mittelsleute Bestechungsgelder gezahlt hatten, und flohen anschliessend aus Sri Lanka. In mehreren Fällen suchten Sicherheits- oder Geheimdienstangehörige später die Familien auf, um nach den Betroffenen zu fragen oder mitzuteilen, diese seien «geflohen». OHCHR prüfte die Berichte eingehend und hält sie wegen Detailtiefe, Widerspruchsfreiheit und unabhängiger Erhebungen für glaubwürdig (HRC, August 2024).

Sexuelle Übergriffe durch Militäranghörige sind derzeit selten, aber nicht ausgeschlossen. *Lokale Kontaktpersonen* berichten laut DFAT, dass sexuelle Belästigungen und Übergriffe durch Militäranghörige unmittelbar nach Kriegsende im Norden verbreitet waren, heute jedoch selten vorkommen (DFAT 2024). Eine *im Menschenrechtsbereich tätige Kontaktperson D* bestätigte dies am 8. Januar 2025, betonte jedoch, frühere Täter könnten Übergriffe wiederholen, wenn sie weiterhin in der Region stationiert sind (Instant-Messenger-Auskunft vom 8. Januar 2025 von Kontaktperson D).

Erhöhtes Risiko für nicht rehabilitierte ehemalige LTTE-Mitglieder. *Kontaktperson D* erklärte, dass zwar die meisten früheren LTTE-Kämpfer*innen ein staatliches Rehabilitationsprogramm absolviert hätten, eine kleine Gruppe jedoch ungeprüft geblieben sei. Auch rehabilitierte Personen würden regelmässig befragt, etwa zu vermuteten illegalen Aktivitäten – wie zum Beispiel einer Neugruppierung der LTTE – oder Kontakten zu Ex-Kadern im Ausland. Für nicht rehabilitierte Personen sei die Gefahr deutlich grösser: Sie würden wiederholt von Sicherheitskräften bedroht, weiterhin als aktive LTTE-Mitglieder eingestuft und massiv unter Druck gesetzt. *Kontaktperson D* berichtete zudem von Fällen sexueller Nötigung, bei denen nicht rehabilitierte ehemalige LTTE-Mitglieder unter Androhung von Verhaftung gezwungen wurden, sexuelle Handlungen vorzunehmen (Antwort via Instant-Messenger vom 8. Januar 2025 von Kontaktperson D).

Voraussichtlich kein staatlicher Schutz für eine betroffene ehemalige LTTE-Kämpferin. Eine am 7. Januar 2025 befragte *Kontaktperson C*, die in Sri Lanka im Bereich Menschenrechte tätig ist, geht davon aus, dass eine ehemalige LTTE-Kämpferin in Sri Lanka kaum staatliche Unterstützung erhalte, selbst wenn die Täterschaft nicht dem Militär angehöre. Die bestehenden Mechanismen gegen sexuelle Gewalt seien generell schwach; sei das Militär involviert, verzichteten Betroffene oft aus Angst vor Repressalien auf Anzeigen. Auch bei einer Anzeige sei effektiver Schutz kaum zu erwarten (Antwort via Instant-Messenger vom 7. Januar 2025 von Kontaktperson C). *Kontaktpersonen D und E*, die in Sri Lanka im Bereich

der Menschenrechte tätig sind, teilen diese Einschätzung; Kontaktperson D hält es für höchst unwahrscheinlich, dass eine Betroffene nach sexueller Gewalt durch staatliche Akteure Hilfe bei denselben Behörden sucht (Instant-Messenger-Auskünfte vom 8. Januar 2025 von Kontaktpersonen D und E).

2 Quellen

DFAT, 2024:

« 3.142 **Gender-based violence (GBV) against women is widespread: a 2019 survey found one in four Sri Lankan women had experienced physical and/or sexual violence since the age of 15.** GBV is most likely to occur in a domestic setting, typically at the hands of an intimate partner. Victims of domestic violence can obtain a 12-month protection order, although in-country sources told DFAT most cases went unreported. **Fear of retaliation from the perpetrator, shame and sociocultural norms (whereby family disputes are expected to be kept private) discourage women from reporting to the police and seeking support.** In-country sources said that domestic violence was a countrywide problem that was not specific to any particular region or community. In-country sources reported that the incidence of domestic violence had increased in the last three years, coinciding with income losses and economic pressures borne by the economic crisis and COVID 19 pandemic lockdowns (and, with them, growing alcohol and drug abuse). 3.143 **According to in-country sources, sexual harassment and sexual violence (including sexual abuse) toward women was prevalent, particularly on public transport. Prevalence has reportedly increased in the last two years, with underage (and often incestuous) pregnancies a growing concern. In-country sources reported that victims of sexual harassment and sexual violence were reluctant to report to the police or seek medical support due to a feeling of shame, risk of social stigma and, should their experience become widely known, a fear they would be unable to marry.**

3.144 **Support services are available for victims of GBV and sexual harassment, although public funding levels decreased with the economy's collapse. Women's and Children's Units attached to Divisional Secretariats provide counselling and socioeconomic support services to victims. The government also provides legal aid and counselling through officers attached to the National Committee on Women (part of the Ministry of Women, Child Affairs and Social Empowerment). Women can report harassment and abuse at dedicated women's desks at public hospitals and police stations. The Children and Women Abuse Bureau of the Sri Lanka Police has 1,500 officers in 45 stations throughout the country, and receives capacity building support from foreign law enforcement. In-country sources reported that the Bureau was overworked and under-resourced, often resulting in substandard facilities and counselling in regional areas. Women can also file complaints through a 24-hour help line operated by the National Committee on Women. Between January and June 2021 (the latest period for which data is available), this help line received 2,157 complaints of violence, sexual harassment or discrimination against women (most – 1,461 – related to domestic violence). NGOs likewise provide support services, including legal, counselling and psychosocial support. One of the most prominent, Women In Need, operates a 24-hour emergency help line, available in Sinhala, Tamil and English. Women In Need alerts the police where a woman has reported experiencing violence, provides legal aid and operates several women's shelters.**

3.145 **Women's shelters, operated by the government and NGOs, provide temporary accommodation, mental health care, counselling and legal assistance for victims of GBV. There are at least 11 women's shelters in Sri Lanka, including in Colombo, Jaffna, Mullaitivu, Batticaloa, Matara (Southern Province), Gampaha (Western Province), Anuradhapura (North Central Province), Monaragala (Uva Province) and Ratnapura (Sabaragamuwa Province). To access a shelter, a woman must have a court order, or a police or hospital referral. Women can remain at a shelter for up to six months. Women can be accompanied by their children for a limited time (one month according to in-country sources). Separately, according to in-country sources, girls under the age of 18 can access safe houses run by the National Child Protection Agency, including in Kilinochchi.**

3.146 **While in-country sources reported the availability and awareness of support services for women had improved, they also said they remained inadequate. In-country sources told DFAT that police and judicial responses to domestic violence can lack sensitivity. Police often did not take complaints seriously, were not adequately trained to collect evidence in cases of sexual assault, and victims could experience a lack of empathy from male officers. Where cases proceeded to court, suspended sentences were common.** 3.147 **DFAT assesses that women generally face a low risk of official discrimination and a moderate risk of GBV, including domestic violence, sexual harassment and sexual assault. While state protection mechanisms and support services are available, they are inadequate and lack capacity. Women also face significant cultural and institutional barriers to state protection. [...]**

Conditions for women in the north and east 3.148 **Thousands of women in the north-east lost husbands and other family members during the war. Some were active participants in the LTTE and some were forcibly recruited (the LTTE had a dedicated female military wing). The 2011 UN Secretary-General's Panel of Experts and 2015 OISL outlined allegations of war-time sexual violence against Tamil women that would constitute war crimes. DFAT considers reports of sexual violence against female former LTTE members held in detention camps in 2009 and 2010, and in military-run rehabilitation centres, to be credible. In-country sources reported that sexual harassment of women by military personnel was known to occur in the north in the immediate post-war period, but was now rare.**

3.149 **Support services are available for women in the north-east. Like elsewhere in the country, Divisional Secretariats have Women's and Children's Units, which provide counselling and other support services to victims of GBV (at the time of publication, there were 35 units operating in the north-east). Similarly, the Children and Women Abuse Bureau of the Sri Lanka Police has a presence in Tamil-majority areas. Batticaloa Teaching Hospital (the main public hospital in Batticaloa) has a GBV care centre. NGOs are also active, including in operating shelters. In-country sources told DFAT there were currently three shelters in the Northern Province (Jaffna, Mullaitivu, Kilinochchi), with plans to establish a fourth (in Mannar). There is one women's shelter in Batticaloa (managed by Women In Need). In-country sources told DFAT that support services for women in the Eastern Province compared favourably to, and in some cases were superior to, services available in Colombo.**

3.150 **Language is a barrier to state protection for Tamil-speaking women in the north-east who experience GBV – most police officers are Sinhalese and do not speak Tamil. According to in-country sources, a dearth of female officers at police stations, fears regarding community perception and social stigma (should they report their husbands) can deter women from going to the police. In-country sources told DFAT that, where incidents were reported, women were sometimes encouraged by the police to return home and resolve the matter with their husband, running the risk of re-victimisation.**

3.151 According to in-country Tamil sources, female former LTTE combatants had low status within the Tamil community. Many work on military-run farms as part of the Civil Security Department (also known as the Civil Defence Force, an auxiliary force administered by the Ministry of Defence). In-country Tamil sources told DFAT female former LTTE combatants who worked on military-run farms were relatively well paid, and there was an 'unspoken agreement' that these women also worked as informants for the military, feeding community suspicion. Community perceptions that female former LTTE combatants were subjected to sexual violence during the war can hinder their ability to marry.

3.152 Like elsewhere in Sri Lanka (see Women), while state protection and support services for women exist in the north-east, DFAT assesses they are generally inadequate, lack capacity and can be difficult to access, including due to language barriers. DFAT assesses women who fought for the LTTE, whether they were forcibly conscripted or not, also face a moderate risk of societal discrimination and a low risk of official harassment, particularly if working for the Civil Security Department.» Quelle: Australian Government - Department of Foreign Affairs and Trade (DFAT), Country Information Report Sri Lanka, 2. Mai 2024, S. 46-48: <https://www.dfat.gov.au/sites/default/files/country-information-report-sri-lanka.pdf>.

HRC, August 2024:

«OHCHR examined recent allegations of abduction, arbitrary detention, torture, ill treatment and sexual violence perpetrated against individuals of Tamil ethnicity by the Sri Lankan security forces, mainly in the districts of Jaffna, Kilinochchi, Mannar, Mullaitivu and Vavuniya. These date from as recently as January 2024. OHCHR interviewed eight alleged victims. A clear pattern emerged: Tamils, primarily men who had been involved in protests over disappearances, land/environmental rights or the commemoration of war victims and were believed to have previously been involved or linked with the Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE), were monitored or photographed and were subsequently arrested by people who verbally identified themselves as Criminal Investigation Department or Terrorist Investigation Division personnel. In a few cases, the families of the victims filed complaints with the police and the Human Rights Commission of Sri Lanka, copies of which were seen by OHCHR, reporting that the victims had gone missing.

28. Victims described how officers had come during the evening or at night, had blindfolded and gagged them and had then transported them in a van to a detention facility in a location unknown to them or their families, between 30 minutes and two hours away. They had been interrogated for three to five days on their links with ex-LTTE cadres abroad, fundraising, the individuals behind the protests and any attempts to regroup LTTE. Their interrogators had attempted to obtain "confessions" or elicit information on buried weapons or money.

29. OHCHR assessed as credible specific accounts of the security forces using various techniques of torture and cruel, inhuman or degrading treatment. Many of the interviewees reported having experienced sexual torture, including rape, having had their testicles squeezed, forced nudity and having had their breasts bitten, either during interrogation or in the holding cell. Victims described having "confessed", by making up information, simply to end the treatment to which they had been subjected, or having

signed blank papers or documents in Sinhala, a language that the majority of the victims could not read.

30. Nearly all the interviewees recounted that they had eventually been released when a family member had paid a bribe to someone in the security forces, often using an intermediary. They had then fled Sri Lanka. In most cases, the victims said that security or intelligence agents had visited their homes, either to search for them or to inform their families that they had escaped from custody.

31. OHCHR carefully assessed the reliability and credibility of these victims and the veracity of the information they had provided. Their accounts were detailed and consistent and were recorded at different times, in different countries. Several victims said that, before their interview with OHCHR, they had never spoken about their experiences. Several others were receiving medical and psychological care and counselling.

32. OHCHR provided an overview of the cases to the Government, seeking further information. The Government responded that the allegations lacked sufficient detail but that it took allegations of abduction, unlawful detention and torture seriously and that it was committed to thorough investigations and prosecutions. It highlighted that, as a party to international human rights treaties, including the Convention against Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment and the Optional Protocol thereto, Sri Lanka had a robust legal framework for the prohibition of torture. The Government also highlighted the proactive role of the judiciary in providing relief to victims of torture, as well as the functions of the Human Rights Commission of Sri Lanka as the national preventive mechanism on torture and the Office on Missing Persons in investigating alleged cases of enforced disappearance. The Government noted that relevant laws granted the judiciary, the Human Rights Commission of Sri Lanka and the Office on Missing Persons access to places of detention. OHCHR stands ready to assist the Government in strengthening national mechanisms for the investigation and prevention of torture.» UN Human Rights Council (formerly UN Commission on Human Rights) (HRC), Situation of human rights in Sri Lanka; Comprehensive report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights [A/HRC/57/19], 27. August 2024: <https://www.ecoi.net/en/file/local/2114649/g2413818.pdf>.

SFH, 2024:

«Nach Einschätzung eines Berichts der Asia Foundation genossen Täter*innen sexueller Gewalt in Sri Lanka fast vollständige Straffreiheit. Eine nicht auf LGBTQI+-Überlebende fokussierte Studie zu den formellen Reaktionen und Praktiken des Justizsektors im Umgang mit Fällen häuslicher, sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt über den Zeitraum von 2016 bis 2020 zeigte zahlreiche Hindernisse für die Überlebenden auf:

- **Soziales Stigma: Veraltete soziokulturelle Normen, Mythen und Vorurteile führen zu sozialer Stigmatisierung und einer Schuldzuweisung gegen die Überlebenden. Wenn Überlebende den Vorfall von der Polizei bis zum Gericht im Detail erklären müssen, ist das auch mit einem Gefühl der Scham verbunden.**
- **Repressalien und Gewalt der Täterschaft: Überlebende von Gewalttaten, insbesondere häuslicher Gewalt, haben oft Angst, nach einer polizeilichen Anzeige oder der Inanspruchnahme formeller Hilfe nach Hause zurückzukehren, da sie Vergeltungsmassnahmen und noch mehr Gewalt der Täterschaft befürchten. Sie haben zudem**

laut Asian Foundation auch wenig Vertrauen in eine angemessene Entschädigung oder gerechte Verurteilung der Täterschaft.

- **Wirtschaftliche Abhängigkeit:** Bei Überlebenden häuslicher Gewalt handelt es sich bei der Täterschaft meist um Familienmitglieder, von denen die überlebende Person wirtschaftlich abhängig ist. Es ist daher schwierig, das gewalttätige häusliche Umfeld zu verlassen, wenn das Opfer keine andere Unterkunft hat, keine Einkommensquelle, und nicht über die finanziellen Mittel verfügt, um sich eine rechtliche Vertretung und einen Gerichtsprozess leisten zu können.
- **Einschüchterung durch Verfahren:** Viele Überlebende hätten zudem keine Erfahrung mit der Einschaltung der Polizei oder der Gerichte und hätten eine negative Einstellung zu Gesetzen, Gerichten und Rechtsmechanismen. Sie hätten Angst, selbst vor Gericht zu erscheinen oder als Zeug*in auszusagen. Da es keine angemessene Anleitung für das Rechtsbehelfsverfahren gibt, verstehen viele den Prozess selbst nicht, wissen nicht, was von ihnen erwartet wird und was sie während des Prozesses erwarten können. Viele Überlebende, insbesondere Kinder, die Opfer sexueller Gewalt wurden, sind nicht darauf vorbereitet, ihre Geschichte in der von den Gerichten erwarteten Terminologie und Form zu schildern.
- **Gesetzeslücken:** Viele Überlebende, die sich an Hilfsdienste wenden, berichten, dass sie Opfer sexueller Gewalt wurden. Sie haben jedoch keine Möglichkeit, Wiedergutmachung zu erlangen, sei es auf rechtlichem oder anderem Wege, da zum Beispiel Vergewaltigung in der Ehe in Sri Lanka nicht als Straftat gilt. Darüber hinaus werden häusliche, sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt gegen sexuelle Minderheiten aufgrund veralteter Gesetze, die gleichgeschlechtliche Beziehungen kriminalisieren, nicht gemeldet. Veraltete Gesetze erfassen auch die technologiegestützte Cyber-Gewalt gegen Überlebende nicht angemessen.
- **Verzögerungen im Justizsystem:** Das öffentliche Bewusstsein für die grossen Probleme und Verzögerungen im formellen Justizsystem halten Überlebende davon ab, Rechtsmittel einzulegen. Einige Dienstleistende und Polizeikräfte, die sich dieser Verzögerungen bewusst sind, raten den Opfern auch davon ab, ein Gerichtsverfahren einzuleiten.
- **Negative Erfahrungen anderer Überlebender:** Nach Angaben von Asian Foundation machen viele Überlebende bereits bei ihrem ersten Kontakt mit dem offiziellen Rechtshilfeverfahren, also bei der Polizei und den Gerichten, negative und beängstigende Erfahrungen. Die Beamtschaft in diesen Institutionen hat oft patriarchalische und überholte Ansichten, glaubt den Missbrauchsberichten der Überlebenden nicht, halten solche Geschichten für erfunden, erkennen häusliche Gewalt nicht als Rechtsverletzung an und behandeln Beschwerden über häusliche Gewalt oft als ein Problem, das im privaten Bereich gelöst werden sollte.

Extrem lange Verzögerungen von zehn bis zwölf Jahren bei Gerichtsverfahren führt zu Straffreiheit für Täter*innen. [...] Die Studie zu geschlechtsspezifischer Gewalt von Asian Foundation zeigte eine durchschnittliche Zeitspanne von zehn bis zwölf Jahren zwischen dem Datum des Einreichens der Anzeige und dem endgültigen Gerichtsurteil. Die Untersuchung ergab, dass einer der Hauptgründe für diese lange Zeitspanne die Verzögerungen in den Phasen der Voruntersuchung, Untersuchung und Strafverfolgung sind. Die lange Zeitspanne zwischen dem Gewaltverbrechen und der Verurteilung wirkt sich negativ auf die Psyche der Überlebenden aus. Infolgedessen neigen Überlebende dazu, ihre Fälle zurückzuziehen, was dazu führt, dass die Täterschaft straffrei ausgehen und Überlebende in Zukunft zögern, Anzeige zu erstatten. Eine überlebende Person,

deren Fall sich über acht Jahre hinzog, gab Asia Foundation an, dass sie sich bei ihrer Vernehmung sieben Jahre nach dem Vorfall nicht mehr an die Einzelheiten des Vorfalls erinnern konnte, obwohl es sich um einen schweren Vorfall handelte. Eine weitere überlebende Person fügte hinzu, dass das Gerichtsverfahren bei Fällen von sexueller Gewalt für Überlebende sehr langwierig und anstrengend ist und dass der Prozess dazu neigt, die während des Vorfalls erlebte Not erneut auszulösen. Viele Überlebende verlieren aufgrund der vielen Verzögerungen und Schwierigkeiten, mit denen sie konfrontiert sind, die Hoffnung in das Justizsystem und fragen sich, ob sie überhaupt Gerechtigkeit erfahren haben, falls ihr Fall zu einem Urteil geführt hat.» Quelle: Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Sri Lanka: Situation von Transgender-Menschen, 27. Juni 2024, S. 18-20: https://www.fluechtlingshilfe.ch/fileadmin/user_upload/Publikationen/Herkunftslaenderberichte/Asien-Pazifik/Sri_Lanka/240627_LKA_Transgender.pdf.

The Morning, 2025:

«The bureau runs 10 shelter homes around the country – two independently and eight in partnership with Non-Governmental Organisations (NGOs). Memoranda of Understanding (MOUs) were signed between 2020 and 2021 with Women In Need (WIN), Jaffna Social Action Centre (JSAC), Akasa, and the Women’s Development Centre (WDC) to establish eight shelters in seven districts.

The MOUs divide the financial responsibility of each shelter equally between the Women’s Bureau and the respective NGO. However, insufficient budgetary allocations over the last five years have left the bureau Rs. 15 million in debt to the NGOs (as of January) and struggling to provide reimbursements to the shelters when the bills arrive each month.

“In the 2023 Budget, Rs. 12 million was given to the bureau for the running of shelter homes. In 2024, this amount increased by only Rs. 600,000. A monthly bill from each home is at least Rs. 100,000, so we’re constantly in arrears. In some homes, matrons use their personal funds to ensure they don’t close down,” Women’s Bureau Director G.I. Sajeewani Perera told The Sunday Morning.

According to Perera, victims of domestic violence need to be in a “beautiful environment” once they have found the courage to leave a dangerous husband/partner or family, but Sri Lanka struggles to provide this due to a lack of funds, resources, and awareness. “They mustn’t end up being victims in both environments,” she emphasised.

Struggling shelters

WIN runs four of the aforementioned eight shelters. Its Executive Director Savithri Wijesekera said that despite the State’s commitment to support them, this had not happened adequately in the past four years.

The NGO runs its shelter homes with security at the forefront. Those who come to seek shelter are not allowed to use mobile phones, leave the shelter alone for any reason, or send their children to school. The security measures come at a substantial cost, such as using private transport to take women to the hospital, courts, or Police station. With the economic crisis, these expenses have increased exponentially, as have the prices of food, clothing, and

sanitary napkins. “We also have to think about the cleanliness and maintenance of the building, as it has to be a conducive environment where they’re not stressed out. They have space for religious activities and where children can keep themselves occupied with playthings,” Wijesekera added, noting that women generally came to them after a minimum of five years of suffering abuse. The State’s lack of support doesn’t mean WIN closes its shelter homes. “Women and girls depend on our services,” said the organisation’s Programme and Legal Manager Mariam Mohamed. **However, WIN has noticed a change in society since the economic crisis, triggered by Sri Lanka defaulting on its external debt in 2022. The NGO usually provides shelter for three weeks to a month, after which it has been able to find a relative or friend willing to help the victim. Since the crisis, though, a decrease in community support has been observed as people are unable to afford the cost of an extra person in their home. [...] Meanwhile, WDC Executive Director Sashi Stephen said that the State lacked structures to support women who were subjected to violence and abuse.**

“The Government should help us,” she said, echoing the same concerns Wijesekera had regarding funding. Funding for shelter homes is difficult as neither international nor private donors are favourably disposed towards funding such long-term initiatives which are not tied to a project.

However, shelter homes are necessary as the perpetrator is typically not compelled to leave their house. “It is the abused woman who steps out, usually with two or three children,” observed Stephen.

Although the WDC would like to expand its services and provide at least one shelter home per district, the organisation is constrained by the lack of funds. [...] **Sri Lanka Police Bureau for the Investigation of Abuse of Children and Women DIG Renuka Jayasundara said that at least one shelter home per district was needed.**

“If the perpetrator is inside the house, the woman can’t return home once she leaves him. That’s why safe homes are needed. Usually they come to the Police because they have nowhere else to turn to, but there aren’t enough safe homes and the existing ones have limitations with regard to capacity. Everyone who needs a shelter can’t be sent to a shelter home,” she said.» The Morning, A look inside shelter homes: Lack of funding, resources keep victims in danger, 9. März 2025: <https://www.themorning.lk/articles/OsuyqmVzZP0mi0U3OBMV>.

WDC, ohne Datum:

« The Crisis Intervention Centre (CI) of WDC is one of the largest establishments for crisis intervention and was also the first shelter located in Sri Lanka. The centre provides many facilities that enable a safe environment for women and girls to recover from violence and abuse with a great amount of support and care. It provides a home for survivors of many different forms of violence (i.e. physical, mental and sexual) thus since its inception, the priorities have been safety, security and ensuring empowerment of all women and girls at all levels. The activities at the centre encourage these women and girls to participate in the community and public spheres ensuring social inclusion and integration. The ultimate goal is to motivate these women and girls to reach a state of self-actualization and empowerment.

In order to achieve this, the women and girls contribute towards the daily activities of the Centre. They work together in the kitchen, in the gardens, tending to the farm animals, and

doing other daily chores. They are made to feel part of a family, part of a community. They also receive skills training, in areas such as housekeeping and cookery, handloom weaving, sewing and handicrafts, home gardening, animal husbandry, shop work, fabric painting and other vocational skills.

“I came here five years ago and I was very afraid because I didn’t know what to expect. But with all the support and love and affection of the staff, it has made a big difference in my life. I feel that mentally I have returned to normal; and I am much happier now” – (Client, Haragama Crisis Centre) [...]

The WDC’s initial priority is to provide shelter and security; and then help women and girls gain self-confidence and self-esteem. The Centre also provides clients with:

Skills development training

Counseling

Job placements

Occupational therapy

Support for the continuation of education

Developing good habits, healthy relationships and self-discipline

Awareness raising programs on rights education, health care, nutrition, HIV Aids, women’s diseases

Legal aid

Clinical (medical) facilities

Weaving, sewing, cookery, housekeeping

Animal husbandry and home gardening

Coordination with judiciary, police, probation and child care, UNICEF and other relevant organizations.» Quelle: Women’s Development Centre (WDC), Crisis Intervention, Gender Based Violence, Website, ohne Datum (Zugriff am 22. Mai 2025): <https://womendev.org/programmes/#crisis-intervention>.

UN Women, 2023:

«WIN is not the only organization in Sri Lanka devoted to helping survivors of gender-based violence. In the country’s North Central province, the Association for Women with Disabilities, or AKASA, operates as a network of self-help groups dedicated to creating opportunities and empowering women to live with dignity and independence.

The organization’s safe house in the town of Thalawa specializes in helping women and girls with disabilities who have faced abuse. [...] Another organization, the Jaffna Social Action Centre (JSAC), supports women and children in Sri Lanka’s Northern province. Run by Nadarajah Sukirtharaj, JSAC has developed a host of programming for survivors of violence. [...] Founded in 2003, JSAC now operates across eight districts in Sri Lanka.»

Quelle: UN Women, Women’s shelters in Sri Lanka support survivors of gender-based violence, 22. November 2023: <https://www.unwomen.org/en/news-stories/feature-story/2023/11/womens-shelters-in-sri-lanka-support-survivors-of-gender-based-violence>.

Als führende Flüchtlingsorganisation der Schweiz und Dachverband der in den Bereichen Flucht und Asyl tätigen Hilfswerke und Organisationen steht die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) für eine Schweiz ein, die Geflüchtete aufnimmt, sie wirksam schützt, ihre Grund- und Menschenrechte wahrt, ihre gesellschaftliche Teilhabe fördert und ihnen mit Respekt und Offenheit begegnet. In dieser Rolle verteidigt und stärkt sie die Interessen und Rechte der Schutzbedürftigen und fördert das Verständnis für deren Lebensumstände. Durch ihre ausgewiesene Expertise prägt die SFH den öffentlichen Diskurs und nimmt Einfluss auf die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen.

Weitere Publikationen der SFH finden Sie unter www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen. Der regelmässig erscheinende Newsletter informiert Sie über aktuelle Veröffentlichungen, Anmeldung unter www.fluechtlingshilfe.ch/newsletter.